Antrag 179/I/2023
KDV Friedrichshain-Kreuzberg
Der Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission
Annahme in der Fassung der AK (Konsens)

Hermannplatz und City West nicht den Investoren überlassen – keine Geschäfte mit Signa/Benko!

Die sozialdemokratischen Mitglieder von Senat und Abgeordnetenhaus werden aufgefordert, das eingeleitete Verfahren zur Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans für Karstadt am Hermannplatz einzustellen. Ein vorhabenbezogener Bebauungsplan wird auch für das Karstadt-Areal am Kurfürstendamm nicht aufgestellt, das bereits eingeleitete Werkstattverfahren umgehend beendet. Für eine mögliche zukünftige Bauleitplanung an beiden Standorten ist die Vereinbarung zwischen Senat und SIGNA/GALERIA Karstadt-Kaufhof über den Erhalt von Warenhausstandorten aus dem Jahr 2020 („Letter of Intent“) keine Grundlage mehr.

Begründung

Im August 2020 haben Vertreter*innen des damaligen Berliner Senats, der SIGNA Real Estate Germany sowie der GALERIA Karstadt-Kaufhof GmbH einen sogenannten Letter of Intent (LOI) unterzeichnet. Vor dem Hintergrund der (ersten) Insolvenz von GALERIA verfolgte der Senat mit dieser Vereinbarung das Ziel, möglichst viele Warenhäuser und damit Arbeitsplätze zu erhalten. Als Gegenleistung sollte SIGNA großzügiges Baurecht u.a. an den bisherigen Karstadt-Standorten Hermannplatz und Kurfürstendamm erhalten.

Spätestens mit der Ankündigung im März 2023, knapp 50 Warenhäuser, darunter die Häuser in der Wilmersdorfer Straße und in der Müllerstraße zu schließen und rund 5.000 Beschäftigte zu entlassen, ist die Grundlage für die von SIGNA gewünschte Bauleitplanung durch Senat bzw. Bezirke entfallen. Darauf, dass – wie im LOI zugesagt – die Standorte Hermannplatz und Kurfürstendamm nach Fertigstellung der geplanten Bauvorhaben noch mindestens zehn Jahre Bestand haben werden, darf und kann die Politik angesichts der angekündigten Schließungen und des zweiten Insolvenz-Schutzschirmverfahrens binnen weniger als drei Jahren nicht mehr vertrauen. Darüber hinaus sind weitere, SIGNA betreffende Bestandteile des LOI mittlerweile obsolet: So wurde Karstadt Sport, um den sich SIGNA „bemühen“ wollte, bereits geschlossen; die Immobilie steht seitdem ungenutzt leer. Für den Standort Wilmersdorfer Straße war eine Nutzung von mindestens zehn Jahren „angestrebt“, ebenso für den Standort Müllerstraße; nun ist das Ende beider Filialen für Ende Januar 2024 angekündigt. Die in dem LOI genannten 45 Millionen Euro, die SIGNA/GALERIA in einzelne – darunter auch von der Schließungswelle betroffene – Standorte investieren wollte, sind ebenfalls hinfällig.

Wir wollen die Zentren am Hermannplatz und der City West stärken. Unser Ziel sind dabei bezahlbare Wohnungen, Angebote im Kleingewerbe und Einzelhandel, Flächen für den Kultur- und Sozialeinrichtungen in den Gebieten zu halten und zu stärken. Die sozialdemokratischen Mitglieder im Senat und im Abgeordnetenhaus werden aufgefordert, sich im Rahmen der Bauleitplanung für eine sich die Umgebung integrierende und städtebaulich verträgliche Planung einzusetzen.

Den Bau von Hochpunkten an dem betreffenden Standort in der City West lehnen wir ab. Einen Neubau am Hermannplatz lehnen wir ab. Sonstige bauliche Veränderungen an diesem Standort dürfen keine negativen Auswirkungen auf das umliegende Gewerbe und das Mietpreisniveau im Umfeld haben. Für die weitere Bauleitplanung an beiden Standorten ist die Vereinbarung zwischen Senat und SIGNA/GALERIA Karstadt-Kaufhof über den Erhalt von Warenhausstandorten aus dem Jahr 2020 („Letter of Intent“) keine Grundlage.

Nach alldem muss sich das Land an den mit SIGNA im LOI getroffenen Vereinbarungen nicht mehr festhalten lassen. Unabhängig hiervon hat Berlin kein Interesse, das Geschäftsmodell von SIGNA/Benko, das auf einer Trennung des Warenhausgeschäfts von dem Eigentum an den Immobilien beruht, zu fördern. Während der Wert der Immobilien stetig steigt und durch die Schaffung von Baurecht regelrecht explodieren würde, hat GALERIA in der Vergangenheit großzügige Staatshilfen erhalten, ohne dass SIGNA selbst dazu bereit wäre, die Kaufhäuser mit ausreichenden finanziellen Mitteln zu stützen. Leidtragende sind in erster Linie die Beschäftigten von GALERIA, denen unsere volle Solidarität gilt. Aber auch für die städtebauliche Entwicklung der betroffenen Kieze und den übrigen Einzelhandel ist die Schließung von Warenhäusern eine Katastrophe. Führte man trotz der aktuellen Geschehnisse die im LOI vorgesehenen Planungsverfahren fort, bediente man damit allein noch die Verwertungsinteressen eines privaten Unternehmens und seines Eigners, gegen den in Österreich wegen des Verdachts der Bestechung ermittelt wird. Denn ein öffentliches Interesse an einer Umsetzung von dessen Vorhaben besteht nicht. Die in der City West geplanten zwei bis drei Hochhäuser hatte das Baukollegium Ende 2018 bereits aus städtebaulichen Gründen abgelehnt. Und ein Neu- bzw. Erweiterungsbau am Hermannplatz in den geplanten gigantischen Ausmaßen ist denkmalschutzrechtlich äußerst fraglich, führte zu einer Verdrängung der angestammten Bevölkerung in den umliegenden Kiezen und zerstörte die dort bestehende Einzelhandelsstruktur.